

Gerhard Haug / Ulrich Schielke

**Schlussbericht
über die Arbeit des**

**Arbeitskreises Fachkräftebedarf
„Keiner darf verloren gehen“**

**zur Übergabe an die
Fachkräfteallianz im Rems-Murr-Kreis (F.A.I.R.)
der IHK Bezirkskammer Rems-Murr,
der Kreishandwerkerschaft Rems-Murr,
der Agentur für Arbeit
und Südwestmetall Bezirksgruppe Rems-Murr**

**sowie an das
Staatliche Schulamt Backnang,
an die Schulen und Betriebe**

Oktober 2013

Schlussbericht über die Arbeit des „AK Fachkräftebedarf – Keiner darf verloren gehen“

1. Gründe/Motivation für die Gründung des AK

- „Keiner darf verloren gehen“:
 - Ein Teil der Schüler in Haupt- und Werkrealschulen findet keine Ausbildungsstellen (fehlende Begabung, falsche Weichenstellungen durch unrealistische Wünsche, fehlende Lernbereitschaft und Gleichgültigkeit, keine Unterstützung im Elternhaus)
- Nutzung von „Warteschleifen“:
 - Kein Abschluss und anschließendes Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)/Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf (VAB).
 - Abschluss und anschließender Besuch des Berufseinstiegsjahres (BEJ), obwohl bei entsprechendem Bemühen durchaus die Chance auf eine Ausbildungsstelle gegeben gewesen wäre.
- Die Abbrecherquote bei der Berufsausbildung beträgt ca. 25% (!).
- Die Wirtschaft weist eindringlich auf den kommenden Fachkräftemangel hin. Der damalige Wirtschaftsminister Brüderle schlug vor, den zu erwartenden Fachkräftemangel mit Arbeitskräften aus Südeuropa zu decken.

2. Visionen des „AK Fachkräftebedarf – Keiner darf verloren gehen“

Visionen

- Gute Perspektive für jeden
- Auch schwächere Schüler/innen erhalten einen Ausbildungsplatz („die letzten 15%“)
- Familienbildung
- Mitverantwortung von Schule und Unternehmen
- Fachkräftebedarf aus eigener Kraft decken

3. Problembereiche

- Familie (im Blick auf den inneren Zustand, auf das familiäre Umfeld, auf das Verhältnis Familie – Schule bzw. Familie - Unternehmen, Erziehungsleistung, Zeit, Konsumdruck)
- Schule: Berufsorientierungsprogramme
- Schule und Unternehmen: Bildungspartnerschaften (Zusammensetzung und Inhalte)
- Lern- und Leistungsbewusstsein (Bedeutung des Lernens, Ziele verfolgen, Anforderungen akzeptieren und erfüllen)
- Migration/Kulturelle Prägungen (nicht gelingende Integration, Abgrenzung, Werte)
- Verarmungstendenzen (Kinderarmut, Hartz-IV-Bezieher,)
- Unternehmen (Anforderungen, Bewerberauswahl, internationaler Wettbewerb, hoher Konkurrenz- und Kostendruck, Ausbildungsbereitschaft, Abbrecher, Mini-Jobs,)
- Offener Unterstützungsbedarf der Schulen: siehe Pkt. 4)

4. Unterstützungsbedarf der Schulen – allgemein

- mehr Praktikumsplätze
- Einstellung schwächerer, aber motivierter Schüler
- Lernen im/vom Betrieb
- Betriebsinfos
- betriebl. Ausbildungsanforderungen
- Förderung i. d. Ausbildung
- Kompetenztransfer
- Schulsozialarbeit
- schulische Förderstunden
- gemeinsame Projekte
- Lust auf die Arbeitswelt machen
- Sozialarbeiter in Betrieben zur Stabilisierung abbruchgefährdeter Auszubildender (z.B. durch mehrere Betriebe in Partnerschaft)
- Rückmeldegespräche zu Praktika
- Ferienpraktikumsplätze
- schulspez. Ansprechpartner
- Partner im kaufmänn. Bereich
- Partner im sozialen Bereich
- Förderung von Technikinteresse
- früherer Ansatz f. Technikbegeisterung
- Azubis in die Schule
- Darstellung von Aufstiegschancen
- Stärkung der Naturwissenschaften
- Mädchen in Jungenberufe (↔)
- Förderung bei Problemen i. d. Ausbildung

5. Ausgangssituation:

Schüler

Engagement in der Berufsorientierung: Die Schüler...

- MACHEN (ca. 25%); d.h. brauchen keinen Antrieb.
- WOLLEN (ca. 60%), müssen aber unterstützt werden.
- WOLLEN NICHT (ca. 15%), müssen individuell gefordert und gefördert werden.

Eltern

- In der Berufswahlunterstützung geht z.T. Sicherheit vor Neigungen und Fähigkeiten der Kinder.
- Wunsch- bzw. Statusdenken bei der Wahl des Ausbildungsberufes,
- z.T. unrealistische Erwartungen und Wünsche der Eltern und
- z.T. kein Interesse an den Berufswahlaktivitäten ihrer Kinder.

Schulen haben individuelle, meist sehr gute Berufsorientierungskonzepte. Stärkung des gegenseitigen Erfahrungsaustauschs zwischen den Schulen ist erforderlich. Gezielte Koordination des Staatl. Schulamtes über einen Beauftragten ist wünschenswert.

Unternehmen. Das Bewusstsein einer Mitverantwortung innerhalb der Berufsorientierung in der Schulausbildung durch Interessieren, Motivieren, Orientieren und Führen (u.a. Betreuung im Praktikum) ist noch zu wenig vorhanden.

6. Ziele des „AK Fachkräftebedarf – Keiner darf verloren gehen“ sowie Arbeitsschwerpunkte und Maßnahmen

- Voraussetzungen schaffen durch
 - Ausbau und Intensivierung der Bildungspartnerschaften
 - Bedarf der Schulen erkennen
 - Gegenseitiger Austausch
 - Deckung des Fachkräftebedarfs durch „unsere“ Jugendlichen
 - Die Problemgruppen besonders beachten (Abholung der letzten 20%)

und

- Fachkräfte sichern durch
 - Keiner darf verloren gehen, einschl. Verringerung der Abbrecherquote
 - Verbesserung und weitere Intensivierung der Berufsorientierung/Berufswegeplanung an den Schulen
 - Intensivierung der naturwissenschaftlichen/technischen Orientierung
 - Lokale Netzwerkbildung
 - Wer macht was? Wer kann was leisten? (Klärungsprozess erforderlich)
 - Koordination der Schulen und Unternehmen

7. Auftakt (27.01.2011)

Kick-off-Veranstaltung für Schulen und Unternehmen mit der Agentur für Arbeit (Vorsitzender der Geschäftsführung Hr. Walter Hennig), der IHK Region Stuttgart (Geschäftsführer Hr. Hans-Martin Gayer), dem Industrieverein für den Raum Backnang (Vorsitzender Hr. Harro Höfliger) und dem Staatlichen Schulamt Backnang (Hr. SAD Klaus-Dieter Fackler)

8. Initiative

Gestartet im Frühjahr 2010 durch

- Gerhard Haug, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Industrievereins für den Raum Backnang und
- Ulrich Schielke, damaliger Schulleiter der Grund- und Werkrealschule in der Taus in Backnang

9. Basis der Zusammenarbeit

- Umfrageergebnisse
- BO-Konzepte der Schulen diskutieren und weiterentwickeln
- Austausch zwischen den Schulen auf Schulamtsebene
- Enge Zusammenarbeit mit den Unternehmen der Schulumgebung (Bildungspartnerschaften – Ausbau der Netzwerke)
- Unterstützung der Schulen durch den AK, die Schulaufsicht, Institutionen, Unternehmen
- Begleitung der Jugendlichen durch Job-Coaches, Paten usw.

10. Keiner darf verloren gehen!

Wie kann das gelingen? Bildungspartnerschaften gestalten!

- Verankerung im Schulkonzept
- Individuelle Unterstützung der „letzten 20%“
- Interessieren – Orientieren – Motivieren – Führen
- Schüler brauchen Ziele – Ziele vereinbaren
- Wer kann Schüler begleiten? Partner helfen!
- Ideen übernehmen – Viele Schulen geben ihre Konzeptionen auf Nachfrage weiter!
Partnerschaft zu Betrieben verschiedener Berufsfelder (Industrie, Handwerk, Handel, Gewerbe, Soziale Einrichtungen, Dienstleistung, ...)
- Bedürfnisse beider Seiten klären (Wer hat welche Ziele?)
- Unterstützung einfordern (ideell, personell, materiell, finanziell) > Die Bereitschaft ist manchmal größer als erwartet!
- Schul- und Unternehmensstruktur beachten

11. Arbeitsweise

- Besprechungen
- Schulleitertagungen (bei Fa. Höfliger/in der Kaufm. Schule Waiblingen)
- Berichterstattung bei offiziellen Tagungen des Staatl. Schulamts Backnang
- Bericht/Präsentation beim Industrieverein, u.a. in der Mitgliederversammlung
- Informelle Kontakte
- Befragung der Schulen (WRS) im Bezirk des Staatl. Schulamts Backnang
- Netzwerkbildung

12. Teilnehmer am AK

- Gerhard Haug und Ulrich Schielke (gemeinsame Leitung)
- Schulvertreter (Hr. Heckelmann, Hr. Schulze, Hr. Nossek)
- Staatliches Schulamt Backnang (Fr. Hagenmüller-Gehring, Hr. Fackler)
- Leiter Schule – Wirtschaft (Hr. Boitin)
- Kreisjugendring Rems-Murr e.V. (Fr. Vollmond)
- Lernen vor Ort (phasenweise) (Hr. Wahl)
- Unternehmensvertreter/innen (Fa. Harro Höfliger: Hr. M. Höfliger, Fr. Krimmer, Hr. Amann,
Fa. Tesat Spacecom: Fr. Vollwassen, Hr. Rädle)
- IHK (Hr. Kögel)
- HK (Hr. Rapp)
- Handwerksvertreter (Hr. Stelzle)
- Agentur für Arbeit (Berufsberatung Fr. Schanbacher)
- Handels- und Gewerbeverein (Hr. Buchfink)
- Unternehmerforum Murrhardt (UFOM, Fr. Bofinger, Hr. Häberlein)

außerdem **Kooperationen mit**

- der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (Fakultät „ Praxisforschung in der sozialen Arbeit“. Prof. Meyer, Frau Traub)
- Südwestmetall (Fr. Wende)

13. Aktivitäten, u.a.

- Frühjahr 2010: Initiative
- 2010 – 27.02.2013: Sitzungen der Arbeitsgruppe
- Jan. 2011: Auftaktveranstaltung für Schulleiter/innen und BO-Verantwortliche der Schulen sowie für Betriebe (bei Fa. Höfliger)
- Frühjahr 2012: Befragungsaktion durch die DHBW
- 23.10.2012: Tagung in der Kaufm. Schule WN mit Vorstellung der Ergebnisse der Befragungsaktion

14. DHBW-Untersuchung an Schulen

- Auftraggeber: AK Fachkräftebedarf mit Unterstützung des Industrievereins für den Raum Backnang e.V. und Lernen vor Ort
- Ergebnis: siehe Anlage
- Fazit: Relevante Defizite vorhanden/Widersprüche
- Problem: Überraschende Datenschutzvorbehalte am Ende der Durchführungsphase (sie behindern einerseits eine eingeplante schulspezifische Auswertung, andererseits war eine individuelle Rückmeldung an die beteiligten Schulen nicht möglich)

15. Was wünschen sich Betriebe von den Schulen?

- Lehrer-Betriebspraktika nutzen (nicht ausschließlich BO-Lehrkräfte) > typische Berufsbilder
- Informationsfluss optimieren: Infos sollen die richtige Stelle bzw. die zuständige Lehrkraft und die Schüler/innen erreichen
- Regionale Koordination der Praktika-Zeiträume
- Kleinere Unternehmen (Handwerk) einbeziehen
- Ausbildungsbotschafter anfordern
- Betriebsvertreter in die Elternarbeit einbinden
- Kreisweiter Austausch über die Bildungspartnerschaften zwischen Betrieben und Schulen

Quelle: Umfrage der IHK Waiblingen 2012 (siehe Anlage 4)

16. Problem: Leistungsschwache Jugendliche und ein Teil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund

- Problem: sprachliche Fähigkeiten (Lesen und Rechtschreiben)
- Bereitschaft, sich zu orientieren
- Erfolgreiche Migranten Beispiel gebend einbeziehen

- Enge Begleitung (Job-Coach, Azubi-Paten, Jugendmigrationsdienst (JMD), Berufsbildungswerk (BBW), ...) -> Berufsberatung, Anfrage bei Betrieben
- Persönlichkeitsförderung

17. Unterstützung von Schulen, die sich gemeldet haben

- zwei Werkrealschulen
- zwei Realschulen

18. Übergabe der Verantwortung an F.A.I.R.

- Frühjahr 2013
- die Fachkräfteallianz im Rems-Murr-Kreis wird von Herrn Haug und Herrn Schielke als eine geradezu ideale Initiative bezüglich der Trägerschaft der bisherigen Arbeit des AK „Fachkräftebedarf – Keiner darf verloren gehen“ angesehen.
- Eine Kooperation der Initiative mit dem Staatlichen Schulamt Backnang wird durch Herrn Haug und Herrn Schielke für die Arbeit als sehr förderlich betrachtet. Durch die Ausgestaltung der Zusammenarbeit ist die Gewähr geboten, dass der Informationsfluss zwischen der Ebene der Schulen und der Ebene der Betriebe und Institutionen verknüpft wird, Themen effizient aufgegriffen und einer praxisgerechten Lösung zugeführt werden können.
- Problemfelder können unmittelbar und offen angesprochen werden.
- Die Fachkräfteallianz kann gleichzeitig signalisierten Unterstützungsbedarf aufgreifen.

19. Offene Themen

- Übernahme der Themen der AK-Arbeit durch F.A.I.R. (IHK Rems-Murr, Kreishandwerkerschaft, Südwestmetall, Agentur für Arbeit)
- Unterstützung bei Erweiterung der Bildungspartnerschaften (Vermittlung von Betrieben/Innungen usw.; Hinweis: Bei zahlreichen Bildungspartnerschaften im Rems-Murr-Kreis wurden die zugrunde liegenden Vereinbarungen durch die IHK initiiert und formuliert.)
- Vermittlung von Unterstützung bei entsprechenden Wünschen im Zusammenwirken mit der staatlichen Schulaufsicht
- Austausch zwischen Schulen und mit Betrieben
- Aufbau einer „Best-Practice-Ideenbank“
- Einbindung der Wirtschaftsförderer der Städte

20. Wie kann es weitergehen?

a) Zusammenwirken von F.A.I.R. und dem Staatlichen Schulamt Backnang

Die Integration in F.A.I.R. wird von Seiten des Staatl. Schulamts Backnang als auch der Partner innerhalb der Fachkräfteallianz projekt- und anlassbezogen gesehen. Diese Form der Zusammenarbeit wird zwischen F.A.I.R. und Staatlichem Schulamt von Anfang an offen und konstruktiv kommuniziert und auch gelebt (Beispiel: Speed Dating). Der/die

Beauftragte Schule – Wirtschaft steht hier an der Schnittstelle zwischen den F.A.I.R.-Partnern und den allgemeinbildenden Schulen.

Empfehlung Hr. Haug/Hr. Schielke: Ziel könnte die Schaffung von Stellen der Schuleinstiegsbegleiter/innen sein, die dann am Ende der Schulzeit in der Schule und anschließend in der Ausbildung die Begleitung sicherstellen sollen. Ergänzend oder alternativ erscheint der Weg über Azubi-Paten empfehlenswert, wenn die Begleitung sich auch auf die Ausbildungszeit erstreckt (z.B. durch ehemalige Mitarbeiter/innen oder Mitarbeiter/innen in Altersteilzeit).

Die Unterstützung der Schulen sollte nicht direkt von den Schulen zu F.A.I.R. laufen, sondern soweit ressourcenmäßig möglich über den/die Beauftragte/n Schule – Wirtschaft. Diese/r wendet sich dann ggf. an die Berufsberatung, die IHK, HK, oder SW-Metall – je nach Anfrage. Eine Zukunftswerkstatt mit Partnern unter Federführung des Staatl. Schulamts Backnang dient der Entwicklung von Zukunftsvisionen. Sie hat zwischenzeitlich stattgefunden und in den Bereichen „Schwachstellen erkennen“, „Handlungsbedarfe herausarbeiten“ und „Ziele sowie Strukturen entwickeln“ konkrete Ergebnisse gebracht. Damit soll ein zielgerichteter Einsatz der am Übergang Schule – Beruf vorhandenen Ressourcen ermöglicht werden.

Die Fachkräfteallianz ist zur Koordination mit dem Ziel der Sicherung des Fachkräftenachwuchses bereit. Eine Zukunftswerkstatt wird als positiver Weg angesehen, ebenso das vorhandene Konzept der Nachwuchsförderung.

b) Elterneinbindung

Sie wird bei der Weiterentwicklung der Berufsorientierung unentbehrlich sein. Für neue Formen der Elterneinbindung gibt es verschiedene Ansatzpunkte (siehe z.B. Konzeption der Gemeinschaftsschule).

c) Projekt-Angebote durch freie und öffentliche Träger an die Schulen

Dieses Angebot ist nahezu unübersehbar. Nachteile bestehen für die Schulen insbesondere darin, dass diese Angebote meist auf max. 3 Jahre begrenzt sind (ESF-gebunden) und bei aller Ideenvielfalt oft nicht in die Konzeption der einzelnen Schule passen.

Hier werden die Schulen weiterhin sorgsam auswählen müssen. Die Kompetenzanalyse Profil AC an WRS, RS und GMS kann z.B. durch eine Kompetenzwerkstatt, die auf den Ergebnissen der Kompetenzanalyse aufbaut, ideal ergänzt werden.

Entscheidend ist, dass das Berufsorientierungscurriculum in sich schlüssig ist und nicht lediglich eine unbestimmte Summe aus unkoordinierten Projektangeboten bildet.

d) Erfahrungsaustausch

Sowohl aufgrund der Befragung der Schulen durch die DHBW als auch der Umfrage der IHK Waiblingen bei den Betrieben wird sehr deutlich, dass die Schulen und Betriebe einen intensiven Erfahrungsaustausch über die Bildungspartnerschaften wünschen

(siehe jeweils Anlage 2 und 4). Die IHK koordiniert den Erfahrungsaustausch auch bisher schon in Kooperation mit Südwestmetall und dem Staatl. Schulamt Backnang.

Die systematische Organisation dieses Erfahrungsaustausches wird durch Herrn Haug und Herrn Schielke empfohlen. Dieser Erfahrungsaustausch sollte sowohl zwischen den Schulen (Schulleitungen, Berufsorientierungsverantwortliche), zwischen den Betrieben (insbesondere auch der Handwerkerschaft) als auch zwischen den Schulen und Betrieben (ggf. regional) gestaltet werden. Die Einbeziehung des Bereichs der sozialen Berufe ist wegen eines fehlenden regionalen Dachverbandes schwieriger zu erreichen, Wege hierzu müssen gesucht werden.

Darüber hinaus erscheint es sehr sinnvoll, die Wirtschaftsförderer (soweit in den Kommunen vorhanden) einzubeziehen.

Durch diese Form des Zusammenwirkens kann am Ende ein hoher Profit stehen, der sich durch Unterstützungsmaßnahmen, gezielte Vermittlung von Ausbildungsstellen, Einbeziehung sozialer Komponenten zeigen kann. Dazuhin erhalten die Schulen einen erweiterten Einblick in die Konzeptionen anderer Schulen.

e) Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Bildungspartnerschaften

Aus den Gesprächen zeigt sich, dass Schulen häufig auch mit mehreren Betrieben eine Bildungspartnerschaft pflegen (Handwerksbetriebe oft nur mit einer Schule), gleichzeitig haben die Betriebe oft mehrere/viele Bildungspartnerschaften mit verschiedenen Schulen. Unter anderem auf diesem Weg kommen gute Schulabsolventen zu Ausbildungsstellen. Schwächere oder schwache Schüler haben jedoch oft keinen Erfolg. Dabei gehen die Motive der Betriebe, Bildungspartnerschaften zu vereinbaren, oft über das Motiv der Gewinnung der besten Auszubildenden hinaus.

Empfehlungen:

- Bildungspartnerschaften in unterschiedlichen Berufsfeldern vereinbaren
- Bildungspartnerschaften auch mit Handwerksbetrieben (Unterstützung der Handwerksbetriebe erbitten, z.B. über die Kreishandwerkerschaft bzw. über die Innungen) und mit Betrieben aus dem sozialen Bereich; im Bereich des Handwerks ist die Möglichkeit gegeben, mit Innungen Bildungspartnerschaften zu vereinbaren („Pool-Lösung“).
- feste Austauschstrukturen zwischen Schule und Betrieben
- Netzwerk aufbauen und festigen
- Praktika in verschiedensten Formen vereinbaren
- gemeinsam an Problemen arbeiten

Evtl. vorhandene „Schein“-Bildungspartnerschaften, die nur auf dem Papier stehen, sollten über die/den Beauftragte/n Schule – Wirtschaft durch Beratung weiterentwickelt werden.